

Einheitliche Politik im Bereich des geistigen Eigentums (IP) in der ukrainischen Verteidigungsindustrie

Einleitung

1. Regulatorischer Ansatz bis dato

2. Kernelemente der neuen Politik

2.1. Schutz der Rechte an Verteidigungstechnologien
2.2. Einheitliche Regeln für die Teilnehmer
2.3. Skalierung und Nutzung von Technologien

3. Vergleich "Vorher/Nachher"

4. Rechtliche Natur der Politik

5. Praktische Auswirkungen

Ä

Am 13. April 2026 verabschiedete das ukrainische Ministerkabinett eine Politik zum Umgang mit Rechten des geistigen Eigentums (im Folgenden "IP" für "Intellectual Property") im Verteidigungs- und Industriesektor. Dieser vom Kabinett offiziell bestätigte Beschluss ist Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets, das die Entwicklung von Innovationen im Verteidigungsbereich beschleunigen soll. Die Politik führt einen einheitlichen Ansatz für den Schutz, die Nutzung und die Vermarktung von im Verteidigungsbereich entwickelten oder erworbenen Technologien ein.

1. Regulatorischer Ansatz bis dato

Vor der Einführung dieser Politik gab es in der Ukraine kein speziell auf die Verteidigungsindustrie zugeschnittenes, einheitliches System zur IP-Regulierung.

Die IP-Regulierung basierte auf allgemeinen Rechtsvorschriften, die für alle Wirtschaftssektoren galten. Offizielle Unterlagen und öffentliche Erklärungen wiesen gleichzeitig auf das Fehlen wirksamer Mechanismen zur IP-Verwaltung im Verteidigungssektor hin. Dies führte zu:

- dem Fehlen standardisierter Regeln für die Aufteilung der Rechte an Verteidigungstechnologien,
- begrenzter Rechtssicherheit für staatliche Auftraggeber und Unternehmen hinsichtlich der IP-Verwaltung, sowie
- dem Fehlen eines koordinierten Ansatzes für die Kommerzialisierung und Skalierung von Innovationen.

Infolgedessen erschwerten Fragen des geistigen Eigentums häufig die Einführung und Produktion neuer Verteidigungstechnologien.

2. Kernelemente der neuen Politik

Den offiziellen Meldungen der Regierung zufolge umfasst die verabschiedete

IP-Politik mehrere Schlüsselemente.

2.1. Schutz der Rechte an Verteidigungstechnologien

Die Politik sieht Schutzmechanismen für Technologien vor, die

- im öffentlichen Sektor entwickelt wurden, und/oder
- mit öffentlichen Mitteln erworben oder finanziert wurden.

Dadurch werden IP-Rechte, die im Rahmen von Verteidigungsprojekten entstanden sind, formell anerkannt und geschützt.

2.2. Einheitliche Regeln für die Teilnehmer

Die Politik legt Regeln des IP-Managements für folgende Akteure fest:

- öffentliche Auftraggeber,
- Unternehmen des Verteidigungssektors, und
- andere Akteure des Verteidigungs- und Industriesystems.

Dadurch wird ein strukturierter Ansatz für das IP-Management innerhalb des Sektors geschaffen.

2.3. Skalierung und Nutzung von Technologien

Die Politik sieht zudem Mechanismen vor, die eine effiziente Nutzung der entwickelten Technologien sowie eine Skalierung von Lösungen in der Produktion für Verteidigungszwecke gewährleisten. So wird das IP-Management mit der Einführung von Innovationen in das Verteidigungssystem verknüpft.

3. Vergleich "Vorher/Nachher"

Element	Vorher	Nachher
IP im Verteidigungsbereich	Keine einheitliche Politik	Einheitliche Politik eingeführt
Rechteverteilung	Nicht standardisiert	Festgelegter Ansatz für öffentlich finanzierte Technologien
Regeln für Teilnehmer	Fragmentiert	Einheitliche Regeln für Staat und Unternehmen
Kommerzialisierung	Begrenzte Mechanismen	Skalierbarkeit und Nutzung vorgesehen

4. Rechtliche Natur der Politik

Das verabschiedete Dokument ist ein politischer Akt, der allgemeine Grundsätze für

www.DLF.ua

die Verwaltung geistigen Eigentums im Verteidigungs- und Industriekomplex festlegt.

Der Wortlaut der eingeführten Politik war zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Veröffentlichung noch nicht öffentlich zugänglich. Dementsprechend stützt sich die vorliegende Analyse auf offizielle Mitteilungen der Regierung und öffentliche Erklärungen der zuständigen Behörden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass die praktische Umsetzung dieser Politik eine weitere normative Weiterentwicklung sowie die Umsetzung in entsprechenden Rechtsvorschriften erfordern wird.

Die Politik ersetzt nicht die geltenden Rechtsvorschriften im IP-Bereich, sondern ergänzt diese unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Verteidigungssektors.

5. Praktische Auswirkungen

Die Einführung einer einheitlichen Politik im IP-Bereich verändert den Ansatz des IP-Managements im Verteidigungssektor.

Insbesondere schafft sie ein berechenbareres System für die Aufteilung der Rechte an Technologien, die unter Beteiligung des Staates entwickelt wurden. Dadurch wird die Rechtsunsicherheit für staatliche Stellen und Unternehmen verringert.

Darüber hinaus stellt die Politik einen Zusammenhang zwischen dem IP-Management und der Skalierung von Innovationen her und stimmt die rechtlichen Regelungen mit den Beschaffungs- und Produktionsprozessen ab.

Zudem wird erwartet, dass die Einführung einheitlicher Regeln die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Akteuren des Verteidigungssektors, die an der Entwicklung und Einführung von Technologien beteiligt sind, fördert.